



[www.wasser-in-buergerhand.de](http://www.wasser-in-buergerhand.de)

---

## PRESSEMITTEILUNG

### **„Wasser in Bürgerhand“ fordert den Bundestag auf, „Öffentlich Private Partnerschaften“ nicht zu unterstützen**

In einem Brief an die Abgeordneten des Deutschen Bundestags hat die privatisierungskritische bundesweite Gruppierung „Wasser in Bürgerhand“ (WiB) gefordert, die geplanten gesetzlichen Erleichterungen für „Öffentlich Private Partnerschaften“ (ÖPP) nicht zu unterstützen. Der Appell richtet sich gegen das geplante „ÖPP-Erleichterungsgesetz“ und gegen alle weiteren Versuche, den privaten Zugriff auf die öffentliche Wirtschaft politisch weiter voranzutreiben.

WiB kritisiert wie mehrere deutsche Rechnungshöfe, dass ÖPP-Projekte die öffentlichen Haushalte nicht entlasten, sondern Schuldenverschiebungen bedeuten. Gegen die ausdrückliche politische Förderung solcher Projekte sprechen weiter die ungesicherten Effizienzversprechungen, die mangelnde Transparenz der Verträge, die Risikoverlagerungen auf die öffentliche Hand und der faktische Kontrollverlust der verantwortlichen demokratischen Institutionen.

Wie bei dem bereits im September 2005 verabschiedeten „ÖPP-Beschleunigungsgesetz“ wird auch in der laufenden Legislaturperiode durch intensive Lobbyarbeit das Ziel verfolgt, für Privatinvestoren einträgliche und risikolose Renditequellen in Kernbereichen insbesondere der kommunalen Wirtschaft zu erschließen. Besonders kritisch sieht WiB die aufgrund einer geplanten Änderung der Bundeshaushaltsordnung (BHO) fast obligatorische Einbeziehung von ÖPP-Projekten in alle wichtigen Investitionsvorhaben von Ländern und Kommunen. Ein weiterer Einwand richtet sich gegen die umsatzsteuerliche Entlastung der privaten „Partner“ vorderhand in einem Modellprojekt, das leicht zur Norm werden könnte.

Die seit 2003 als Zusammenschluss von lokalen Initiativen tätige Gruppierung „Wasser in Bürgerhand“ sieht ihre Briefaktion als Beitrag für einen notwendigen politischen und gesellschaftliche Diskussionsprozess über den Stellenwert der öffentlichen Wirtschaft und eine aus ihrer Sicht verfehlte, aber politisch weiter verfolgte Privatisierungspolitik.

9. Juni 2009

Anlage: Brief an die Bundestagsabgeordneten vom 5. Juni 2009